

Lorenz, Astrid/Formánková, Hana (Hgg.): *Czech Democracy in Crisis*.

Palgrave Macmillan, Cham 2020, 278 S., zahlr. Tabellen und Diagramme, ISBN 978-3-030-40005-7.

Sowohl Tschechien als Staat als auch das politische System dieses Nachbarlandes sind in Deutschland und der deutschsprachigen Öffentlichkeit bemerkenswert wenig präsent. Angesichts der umfangreichen historischen Verbindungen ist das einerseits erstaunlich, andererseits könnten aber gerade diese durch die Jahrhunderte nicht immer leichten Beziehungen auch ein Erklärungsansatz für eine unterschwellige Distanz sein. Allenfalls bei Natur-, Umwelt- und anderen Katastrophen wird über den Nachbarn im Osten berichtet, dann aber – siehe die Corona-Berichterstattung – eher blitzlichtartig und gerne auch kontextfrei skandalisierend.

Wissenschaftliche Studien über das politische System Tschechiens, seine Grundlagen und Besonderheiten liegen nur in begrenzter Zahl vor. Umso erfreulicher ist es, dass nach den verdienstvollen Studien von Karel Vodička¹ aus den Jahren 2005 und 2010 und einzelnen weiteren Aufsätzen zu Teilaspekten in Fachzeitschriften nun mit dem im Jahr 2018 von den Leipziger Politikwissenschaftlerinnen Astrid Lorenz und Hana Formánková herausgegebenen Sammelband „Das politische System Tschechiens“² ein aktuelles deutsch-tschechisches Gemeinschaftswerk vorliegt, an dem mehr als ein Dutzend hochkarätiger Expertinnen und Experten aus beiden Ländern mitgewirkt haben.

Das Buch ist mittlerweile 2019 auch in einer tschechischsprachigen Ausgabe beim Brünner „Centrum pro studium demokracie a kultury“³ erschienen, eine englischsprachige Übersetzung folgte im Jahr 2020 mit dem hier besprochenen Band bei Palgrave Macmillan. Letzterer trägt, möglicherweise aus Vermarktungsgründen des

¹ Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens. Wiesbaden 2005; *Ders.*: Das politische System Tschechiens. In: *Ismayr*, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010, 275-316.

² Lorenz, Astrid/Formánková, Hana (Hgg.): Das politische System Tschechiens. Wiesbaden 2018.

³ *Dies.*: Politický systém Česka [Das politische System Tschechiens]. Brno 2019 (Politologická řada 75).

Verlags, den etwas alarmistischen Titel „Czech Democracy in Crisis“. Allerdings ist der Inhalt gegenüber der Erstveröffentlichung lediglich in einigen kürzeren Passagen aktualisiert, die den veränderten Titel nicht zwingend rechtfertigen. Natürlich verändert sich das politische System Tschechiens kontinuierlich, unmerklich bis subkutan, so wie sich auch Wandlungen in der tschechischen Gesellschaft und Öffentlichkeit feststellen lassen – ähnlich den Veränderungen in anderen europäischen Staaten. Die Gründung populistischer Bewegungen und Parteien sowie das Auftreten unterschiedlich charismatischer Führungspersönlichkeiten ist erkennbar kein ostmitteleuropäisches Spezifikum: Diese Phänomene sind europa- und weltweit festzustellen, so dass sich die Frage stellt, ob es gerechtfertigt ist, bei Tschechien von einem Krisennarrativ auszugehen.

Die Publikation ist in allen Sprachfassungen jeweils in zwölf Kapitel gegliedert: In der Einleitung diskutiert die Mitherausgeberin Astrid Lorenz, inwiefern man von einer „Krise der Demokratisierung“ sprechen kann und nennt als Indizien die Veränderungen im Parteien- und Mediengefüge Tschechiens in den vergangenen Jahren. Im Resümee hält sie allerdings fest, dass „weder im historischen Längsschnitt noch im internationalen Vergleich“ diese Veränderungen „komplette Ausreißer“ seien (S. 13).

Unterstrichen wird diese Einschätzung durch einen Blick auf verschiedene international vergleichende Demokratie- und Governance-Indizes, den Frank Bönker unternimmt: So hat Tschechien im BTI-Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung, in dem weltweit über 130 Entwicklungs- und Transformationsstaaten vergleichend untersucht werden, unverändert hohe positive Kennziffern und befindet sich zusammen mit den drei baltischen Staaten und Slowenien seit Jahren in klarem Abstand vor den anderen mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten, ebenso im Vergleich zur ehemaligen „Schwesterrepublik“ Slowakei.⁴ Zu weniger eindeutigen Ergebnissen kommt Petra Guasti in ihrem Beitrag über den gesellschaftlichen Wandel in Tschechien, den sie aus Sicht der Systemwechselforschung zwischen den Polen Demokratisierung und Dekonsolidierung verortet. In einer teils polarisierten und fragmentierten Gesellschaft erkennt sie gleichwohl ein Erstarren des bürgerschaftlichen Engagements.

Ausgesprochen instruktiv ist die Analyse der organisierten Zivilgesellschaft Tschechiens durch Stephanie Weiss. Neben Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen spielen die Sozialverbände, zu denen auch die großen kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie zählen, eine besondere Rolle. Die Gewerkschaften, die mit den Arbeitgeberverbänden als Sozialpartner und der Regierung in einem tripartitären Dialog („Rat für wirtschaftliche und soziale Partnerschaft“, RHSD) verbunden sind, haben gleichwohl seit der Transformation kontinuierlich an Mitgliedern und Einfluss verloren. Der bürgerschaftliche Partizipationsgrad ist insgesamt gering.

⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, BTI 2020 Country Report – Czech Republic. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2020 (= https://www.bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_CZE.pdf); hervorragend grafisch aufbereitet finden sich die aktuellen Zahlen für 2018 bis 2020 bei: <https://atlas.bti-project.org/> bzw. unter https://atlas.bti-project.org/1*2020*CV:CTC:SELCZE*CAT*CZE*REG:TAB.

Die nachfolgenden Aufsätze untersuchen das Regierungssystem Tschechiens im Kontext der Europäischen Union und diskutieren aktuelle Problemstellungen der Institutionen sowie zentraler Politikfelder. Als Einstieg für den mit dem politischen System Tschechiens und dessen Institutionen wenig vertrauten Leser empfiehlt sich der Beitrag von Lukáš Novotný, der die Besonderheiten im Verhältnis von Parlament, Regierung und Präsident übersichtlich skizziert und bewertet. Der Autor beschreibt zum einen die asymmetrische Zwei-Kammer-Legislative mit starkem Abgeordnetenhaus und strukturell schwachem Senat und hebt zum anderen die besondere Form der Regierung hervor, die zusammen mit dem Präsidenten eine „geteilte Exekutive“ bildet, in welcher der Präsident als Staatsoberhaupt eigenständige verfassungsmäßige Kompetenzen hat. Durch die Einführung der Direktwahl des Präsidenten ab dem Jahr 2013 ist dessen verfassungsrechtliche Stellung zusätzlich gestärkt worden. Wie schon bei den ersten beiden Präsidenten Václav Havel und Václav Klaus changiert sie nun auch bei Miloš Zeman faktisch zwischen den beiden Polen „Fels in der Brandung“ oder „Gegenspieler der Regierung“, so dass die Praxis des Regierens in Tschechien pointiert als „Katz-und-Maus-Spiel“ bezeichnet wird. (S. 125, 119)

Die Rolle des Verfassungsgerichts als „Korrektiv der Politik“ untersucht Ivo Pospíšil, wobei er dieses, auch im Vergleich zu den mitteleuropäischen Nachbarn, aufgrund seiner starken verfassungsmäßigen Stellung zugleich als „Insel der Stabilität“ bezeichnet. (S. 152) Das Wahl- und Parteiensystem analysieren Stanislav Balík und Vít Hloušek: In Tschechien wird das Grundprinzip der Verhältniswahl bislang durch Sperrklauseln und die Möglichkeit von Listenverbindungen modifiziert, so dass größere Parteien strukturell bevorzugt werden. Erst durch ein aktuelles Urteil des Verfassungsgerichts vom Februar 2021 zeichnet sich eine Veränderung ab.

Im Rahmen der Analysen verschiedener Politikfelder untersuchen Antonín Slaný und Hana Lipovská die Wirtschafts- und Sozialpolitik Tschechiens nach dem Umbau der Plan- zur Marktwirtschaft. Sie setzen mit der zweiten Regierung Klaus ein und nehmen die folgenden rund zwanzig Jahre in den Blick. Die Autoren periodisieren die tschechische Wirtschaftspolitik nach 1997 schlüssig und nachvollziehbar in Phasen der Krise und des Wachstums. Es wird deutlich, welche Hintergründe, Einflüsse und Maßnahmen die einzelnen Phasen charakterisierten und wie dabei Wirtschaftspolitik und Realwirtschaft jeweils aufeinander reagierten. Ein Kernproblem der tschechischen Wirtschaftspolitik ist der Konflikt bzw. die erkennbar fehlende Kooperation zwischen der Regierung und der institutionell unabhängigen Zentralbank, was angesichts gegenläufiger Entscheidungen verschiedentlich zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung ging. Trotz mancher Reibungen zwischen der Wirtschafts-, Fiskal-, Geld-, Währungs- und Sozialpolitik steht die Wirtschaft des Landes aber, auch im internationalen Vergleich, gleichwohl *in toto* positiv da: Eine weitgehend gelungene Transformation, eine hohe Beschäftigungsquote, niedrige Arbeitslosigkeit und mäßige Inflationsraten unterstreichen den Beitrag der Wirtschaftspolitik zur Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität.

Nicht nur in politikwissenschaftlicher Hinsicht ist der Aufsatz von Hana Formánková zur tschechischen Regionalpolitik anregend. Die EU-Regionalpolitik förderte in anderen Mitgliedstaaten oftmals die Dezentralisierung und Regionalisierung

gegenüber den nationalen Hauptstädten: Die Schaffung von Regionen erfolgte vereinzelt im Zuge der Anpassung an die sogenannten NUTS2- und NUTS3-Einheiten. Dagegen hat die unverändert eher unitarische Staatsstruktur Tschechiens die schwache Position der Regionen – mit Ausnahme der Hauptstadtregion Prag – auch über die Jahre hin nicht verändert. Im Gegenteil: Mangels faktischer Umsetzungskapazitäten in den Regionen ist zuletzt sogar ein Trend zur Re-Zentralisierung festzustellen.

Eine gute Grundlage für künftige Untersuchungen der Migrationspolitik ist der eher historische Beitrag von Paula Beger zur Entwicklung dieses noch jungen Politikfeldes in Tschechien. Ausgehend von zunächst schwach entwickelten EU-Rahmenbedingungen hat die Migrationspolitik nach der Flüchtlingskrise 2015/16 innen- und europapolitisch an Bedeutung gewonnen. Die Veränderung der tschechischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch die EU-Mitgliedschaft des Landes arbeitet Tomáš Weiss in seinem Beitrag heraus. Tschechien ist seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 zwar gut in die EU-Entscheidungsprozesse eingebunden – das gleiche gilt für die NATO-Strukturen –, allerdings ist die Zahl der tschechischen Experten für beide Bereiche jeweils klein und ihre Vermittlungsfähigkeit gegenüber den Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit beschränkt.

Im Ausland wenig wahrgenommen, politisch aber in hohem Maße brisant, ist schließlich das Verhältnis von Medien und Politik in Tschechien. Waren die Medien bis zum Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989 weitgehend gleichgeschaltet, stößt das anschließend entstandene liberal-demokratische und pluralistische Medienmodell inzwischen an alt-neue Grenzen. Seit 2008 ist bei Print- und elektronischen Medien sukzessive eine neue Konzentration auf nur wenige Unternehmen festzustellen. Der Eigentümer des größten Medienkonglomerats, der Milliardär Andrej Babiš, Gründer der populistischen ANO-Partei, ist seit 2013 Abgeordneter und seit 2017 Ministerpräsident Tschechiens, was nicht nur bei dem Autorenteam Jan Jirák und Barbara Köpplová Fragen nach der Unabhängigkeit der Medien in Tschechien aufwirft.

Der Sammelband regt in vielfältiger Weise an, sich mit der politischen Entwicklung des Nachbarlandes weiter zu beschäftigen und gibt wichtige Impulse für neue Forschungsvorhaben.